

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Anzeigers
und für die Provinz der Provinzen
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Zentraldruck-Anstalt Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
und für die Provinz der Provinzen
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Zentraldruck-Anstalt Nr. 23.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 176

Freitag, den 29. Juli 1932

27. Jahrgang

Der Wiederhall im Ausland

Erste ausländische Stimmen zu Schleichers Rede

Paris, 27. Juli. Zur Rundfunkrede des Reichswehrministers äußern sich zunächst einige Korrespondenten. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ hebt die Stelle in der Rede des Generals von Schleicher hervor, in der für den Fall, daß Deutschland Gleichberechtigung und Sicherheit vorzuziehen werde, ein Umbau der deutschen Wehrmacht angekündigt wird. Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ zeigt sich sehr verärgert darüber, daß es General von Schleicher gelungen ist, den Gegensatz zwischen der Feststellung des Abgeordneten Lamoureux, der erklärte, daß Frankreichs Sicherheit durch die neuen Wehrleistungspläne weitgehend gewährleistet sei, und der Stellungnahme Herriots in Genf aufzuweisen, wo der französische Ministerpräsident Garantien für diese gleiche Sicherheit gefordert hat. London, 27. Juli. Die ersten Kommentare der Londoner Blätter zur Rundfunkansprache des Generals von Schleicher werden zwar an hervorragender Stelle gebracht, doch scheinen die meisten Zeitungen vorerst mehr Wert auf sensationelle Ueberschriften als auf sachliche Stellungnahme zu den Darlegungen des Ministers

zu legen. Die Ankündigung von Schleicher, daß sich Deutschland unter gewissen Umständen gezwungen sehen könnte, einen Umbau seiner Wehrmacht ins Auge zu fassen, leitet nahezu in allen Ueberschriften mehr oder minder richtig verstanden, wieder. „Daily Express“ spricht sogar von einer deutschen Aufrüstungsaktion und einer Herausforderung des Versailler Vertrags. „Morning Post“ weist zwar auf die mangelnde Sicherheit Deutschlands hin, scheint im übrigen aber die Rede Schleichers nur mangelhaft verstanden zu haben, da sie von einer offiziellen Ermächtigung der privaten Ausrüstungspläne zu sprechen glaubt. Ausführlicher befaßt sich „Times“ mit der Rundfunkrede. Die Rede, so schreibt das Blatt, mit ihren frischen, fröhlichen Angriffen auf Frankreich, mit ihren glatten und weichen Worten, mit ihrer unerschrockenen Ankündigung, daß Deutschland für seine eigene Sicherheit sorgen werde, wenn ihm Aufrüstungsgleichheit verweigert werde, und ihrem heroischen Lob der militärischen Tugenden werde nicht verfehlen, einen Wiederhall weit über die Grenzen Deutschlands hinaus hervorzurufen.

müssen. Sie wird deshalb den von der Regierung verlangten Klebestreifen mit einer entsprechenden Aufschrift versehen.

Eine Wahlrede Dingeldeys

Berlin, 27. Juli. Im Rahmen der politischen Rundfunkvorträge sprach heute abend der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey. Er betonte, daß die extremen Parteien nicht regierungsfähig seien. Wenn der frühere Reichskanzler Bräuning sich in seinen jetzigen Wahlreden darüber beklagte, daß die kommende Wahl die Gefahr einer Verdrängung des Bürgertums in sich birge, dann müsse er an die eigene Brust schlagen und sich fragen, ob er nicht selbst durch seine Unentschlossenheit einer der Totengräber des bürgerlichen Gedankens in Deutschland geworden sei. Nur wenn es gelinge, in der kommenden politischen Entwicklung inmitten kämpfender Massen wieder den ruhigen deutschen Bürger zur Geltung zu bringen, könne das Reich vor der fortschreitenden Zersplitterung geschützt werden, an deren Ende das bolschewistische Chaos drohe. Dingeldey betonte, daß die Volkspartei auch nach der Wahl ihren politischen Weg in voller Selbständigkeit und ohne jeden fremden Einfluß aus eigener Entscheidung gehen werde. Die Volkspartei bleibe national, liberal und sozial.

Dingeldey in Wiesbaden

Wiesbaden, 27. Juli. In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei erklärte Dingeldey, das gesamte deutsche Volk könne nicht, wie Hitler es wolle, im Nationalsozialismus vereint werden. Eine Einigung sei nur möglich, wenn ein Deutscher dem anderen nicht wegen seiner politischen Gesinnung ächze. Dingeldey wandte sich gegen alle Bestrebungen, die auf Inflation hingingen.

Abgeordneter Drexler über die Ziele der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes

Berlin, 27. Juli. Der Führer der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Drexler, sprach heute abend im Rundfunk über die Ziele seiner Partei. Seine Partei lehne jeden Sozialismus ab, da er der bürgerlich-mittelständischen Weltanschauung widerspreche. Damit seien aber in keiner Weise soziale Gedanken abgelehnt. Der Kampf der Wirtschaftspartei gegen Warenhäuser und Konsumvereine werde deshalb geführt, weil durch solche Großunternehmen Tausende kleiner Existenzen vernichtet würden. Das Ergebnis der Konferenz von Lausanne müsse als ungenügend betrachtet werden.

Dr. Hugenberg an den Reichskanzler

Reichskanzler von Papens Antwort

Berlin, 27. Juli. Zwischen Dr. Hugenberg und Reichskanzler von Papen hat ein Briefwechsel stattgefunden. Dr. Hugenberg schrieb u. a.: Daß wir nicht parlamentarisch eingestellt sind, wissen Sie. Daraus folgt schon, daß wir nicht den Wunsch haben, mit parlamentarischen Hilfsmitteln einem von der Autorität des Reichspräsidenten getragenen, sich vom bisherigen Regierungssystem abwendenden Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten. Wir haben aber auf der anderen Seite eine Mitverantwortlichkeit für die nationale Bewegung. Das ist der Grund der Kritik an zwei Maßnahmen Ihrer Regierung: Notverordnung vom 14. Juni 1932 und Abschluß des Vertrags von Lausanne. Die Fühlung mit den großen nationalen Strömungen im Lande war bei den kürzlichen Maßnahmen gegenüber der zu Unrecht weiter amtierenden preussischen Regierung durchaus vorhanden. Wir vertrauen auf eine folgerichtige Weiterführung des begonnenen Werkes. Anders liegt es mit den eben bezeichneten beiden Vorgängen. Ich weiß, daß die Regierung Bräuning in einem Augenblick zurückgetreten ist, in dem die öffentlichen Massen leer und Deutschland bankrott war. Trotzdem können wir der Art nicht zustimmen, in der die Finanzfrage angepackt ist. Wir können die Finanzmaßnahmen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 nicht gutheißen. Die Notverordnung enthält Härten, die bei vielen Betroffenen eine verneinliche Lage erzeugen. Der erste sofortige Schritt zur Beseitigung unruhiger Härten müßte die Aufhebung der preussischen Finanznotverordnung vom 8. Juni 1932 sein. Der jetzige Inhalt der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist umso unbefriedigender, als damit zunächst keinerlei aufbauende Maßnahmen verbunden waren. Die dringendste Maßnahme ist eine grundsätzliche und jeden künftigen staatlichen Eingriff in die Privatwirtschaft ausschließende Regelung der bestehenden Schuldverhältnisse. — Mit einem sofortigen Vorgehen

Beschuldigungen gegen die frühere Preußenregierung

Berlin, 27. Juli. In einem Berliner Morgenblatt sind gegen die frühere preussische Regierung schwere Beschuldigungen in der Richtung erhoben worden, daß sie aus einem Geheimfonds Steuergelder für Wahlzwecke der Regierungsparteien verwandt habe. Von ausländischer Seite erfahren wir dazu, daß seitens des Reichskommissars eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden ist.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist seitens des Reichskommissars eine eingehende Untersuchung über diese Angelegenheit eingeleitet worden. Das Ergebnis der Untersuchung wird bald der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Außerdem wird die deutschnationalen Landtagsfraktion Preußens die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen.

In seiner Mittwoch-Abendausgabe macht übrigens der Berliner Lokalanzeiger noch weitere bestimmte Mitteilungen in dieser Angelegenheit. Er erklärt, es lägen Anzeichen dafür vor, daß das frühere preussische Staatsministerium aus dem Fonds zur Vinderung der Not der deutschen Grenzlande den Betrag von 250 000 RM an die Rheinische Zeitung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sölmann übermitteln habe. Weiter lägen Anzeichen dafür vor, daß die Rheinische Volkszeitung aus den der preussischen Regierung verfügbaren Mitteln den Betrag von zwei Millionen Mark über die Berliner Arbeiterbank erhalten habe.

Weitere Beschuldigungen

Berlin, 27. Juli. Der Vorsitzende des Hauptauschusses des preussischen Landtages, der nationalsozialistische Abgeordnete Hinkel, macht ebenfalls Mitteilungen über den Steuergeheimverstoß durch das frühere preussische Finanzministerium. Er behauptet, vor Jahren bereits sei im preussischen Finanzministerium eine „Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H.“ gegründet worden, die mit einigen Verlegern in Verbindung gestanden habe. Weiter diese Zwischenpersonen seien Mehrheiten oder hundertprozentige Beteiligungen an Zeitungen erworben worden. Nach den Angaben des nationalsozialistischen Abgeordneten handelt es sich allein um 426 000 RM in den Jahren 1929 bis 1931, die auf diesem Wege zur Unterstützung von Zeitungen ausgegeben worden seien. Deshalb haben auch die Nationalsozialisten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt.

Arbeitsbeschaffung durch Bodenverbesserung

Berlin, 27. Juli. Von den zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellten 135 Millionen RM sollen 60 Millionen beim Straßenbau, 50 Millionen beim Ausbau von Wasserstraßen und 25 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen Verwendung finden. Der Reichslandwirtschaftsminister hat die 25 Millionen RM kürzlich den Landesregierungen zur Vergebung an Wassergenossenschaften, Bodenverbesserungsgenossenschaften und einzelne Landwirte zur Verfügung gestellt. Meliorationsarbeiten im Betrage von rund 2 1/2 Millionen RM sind durch die deutsche Bodenkultur bereits in den letzten Tagen vergeben worden. Die Möglichkeit, Arbeitslose zu beschäftigen, ist bei den landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen besonders groß, da durchschnittlich 70 Prozent der aufgewandten Mittel auf Ähne und nur 30 Prozent auf Baumaterialien entfallen und die auszufüh-

renden Arbeiten fast durchweg von ungelerten Arbeitern mit der Hand ausgeführt werden können.

Langfristige Erwerbslose sollen bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden

Eine Forderung des Reichspräsidentenbundes

Berlin, 27. Juli. In einer Eingabe an die Reichsregierung fordert der Reichspräsidentenbund, daß bei den kommenden Notstandsarbeiten mindestens 50 Prozent der hierbei beschäftigten Arbeiter aus der Gruppe der Wohlfahtsberwerbslosen entnommen werden, deren Zahl die der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung bereits erheblich übersteige. Im Interesse der Gemeindefinanzen sei es dringend erforderlich, daß in erster Linie diese langfristigen Arbeitslosen beschäftigt würden, deren Unterbringung auf dem freien Arbeitsmarkt wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit aussichtslos erscheine.

Offener Brief Brauns an den Reichskanzler

Berlin, 28. Juli. Der frühere preussische Ministerpräsident Brauns hat einen offenen Brief an den Reichskanzler von Papen gerichtet, in dem er behauptet, daß es dem Kanzler nicht gelungen sei, den Nachweis zu führen, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen die preussische Staatsregierung gegeben gewesen seien. Es sei unrichtig, daß, wie der Kanzler sage, die Umwidmung der politischen Verhältnisse in Preußen eine Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der kommunistischen Partei zu treffen. Die preussische Staatsregierung sei jeder staatsfeindlichen gegen die Geleise verstoßenden Betätigung der links- und rechtsradikalen Parteien mit gleichen Mitteln auf das Schärfste entgegengetreten. Brauns macht dann weiter der Reichsregierung den Vorwurf, daß die Verschärfung der politischen Gegensätze auf die entgegen den dringenden Warnungen der Landesregierungen erfolgte Aufhebung des Uniformverbotgesetzes zurückzuführen sei. Das Verlangen, die preussische Staatsregierung habe grundsätzlich und von vornherein die Anhänger der kommunistischen Partei anders als die der Nationalsozialistischen Partei zu behandeln, widerspreche der Reichsverfassung, die nur Staatsbürger einerlei Rechte kenne. Zum Schluß behauptet Brauns, daß durch die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen nach jedem unbefristeten Reichstagsauflösung die Verfassung des Deutschen Reiches wie des Freistaates Preußen verletzt worden sei. Die Einheit des Reiches sei durch diese unbedingten Eingriffe auf das Äußerste gefährdet. Nur die vorbildliche Disziplin und Besonnenheit der republikanischen Parteien habe nach Brauns Auffassung vor Blutvergießen und Bürgerkrieg bewahrt.

Streit um ein volksparteiliches Wahlplakat in Mecklenburg-Schwerin

Berlin, 27. Juli. Von der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: Die Deutsche Volkspartei hat für ihre Witsche ein Wahlplakat herausgegeben, das eine kraftvolle Gestalt zeigt, die sich über das Gemälde freitender Parteien und ihrer Symbole hinwegsetzt. Es trägt die Aufschrift „Gegen Bürgerkrieg und Inflation“. Gegen dieses Plakat hat der nationalsozialistische mecklenburgische Ministerpräsident Herr Franzow, Schwager von Dr. Göttsche, Einspruch erhoben. Er hat der Volkspartei in Schwerin die Anweisung gegeben, daß ein Teil dieses Plakates überklebt werden müsse, weil es eine Symbe aus dem Bürgerkrieg darstelle. Die Deutsche Volkspartei in Mecklenburg erkennt die Berechtigung dieses Verbots nicht an, weil die auf dem Plakat dargestellten Vorgänge nichts anderes sind als eine realistische Darstellung derjenigen Verhältnisse, die durch das Treiben der radikalen Parteien herbeigeführt werden. Der Kampf um die Einheit des Reiches ist durch eine kraftvolle Volkspartei überwinden werden